

Inhalt

Vorworte	7
I. Ein deutscher «Sonderweg» in das 20. Jahrhundert? Strukturprobleme des wilhelminischen Deutschland	9
II. Weltkrieg und Demokratie (1914–1933)	25
1. Deutschland im Ersten Weltkrieg	25
2. Die Weimarer Republik	36
III. Diktatur und Weltkrieg (1933–1945)	57
1. Herrschaft und Gesellschaft im NS-Regime	57
2. Zweiter Weltkrieg und Massenmord, Widerstand und «deutsche Katastrophe»	74
IV. Zwischen Nachkriegszeit und Kaltem Krieg: Zwei deutsche Staatsgründungen (1945–1955)	87
1. Die Bundesrepublik und die Westintegration	87
2. Von der SBZ zur DDR	95
V. Gesellschaft und Politik im geteilten Deutschland	98
1. Kontinuität und Wandel von Adenauer zur Großen Koalition	98
2. Die Bundesrepublik auf dem Weg in eine neue Moderne	106
VI. Ende des «Sonderwegs»? Das deutsche Jahr 1989/90	117
Epilog: Von der Bonner zur «Berliner Republik»	122
Literaturhinweise	125
Personenregister	127

IV. Zwischen Nachkriegszeit und Kaltem Krieg: Zwei deutsche Staatsgründungen (1945–1955)

1. Die Bundesrepublik und die Westintegration

Betrachtet man die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert unter dem Aspekt von Kontinuität und Diskontinuität, so kann man im Jahr 1945 mit guten Gründen die tiefste Zäsur erkennen. Schon in staatlicher wie in territorialer Hinsicht führte keine direkte Kontinuitätslinie über das Kriegsende hinweg. Als Staaten hatten nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch die Länder aufgehört zu existieren; überall übten die alliierten Militärregierungen die staatliche Hoheitsgewalt aus. Die Ostgebiete, jahrhundertealtes deutsches Siedlungsgebiet, gerieten im Zuge der Vertreibung der deutschen Bevölkerung zur territorialen Manövriermasse. Als Preis für die von Stalin geforderte und von den Westmächten auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam gebilligte Westverschiebung Polens wurden sie unter polnische bzw. – im Falle des nördlichen Ostpreußen – sowjetische «Verwaltung» gestellt.

Das westlich der Oder-Neiße-Linie gelegene Deutschland und hier besonders die westlichen Besatzungszonen wurden hingegen zum Ziel einer riesigen Fluchtbewegung. Mehr als 12 Millionen Flüchtlinge stellten die größte gewaltsame Bevölkerungsverschiebung in Europa und den größten demographischen Umbruch in Deutschland in der neueren Geschichte dar. Hinzu kamen die Millionen «Entwurzelten» und «Displaced Persons», d.h. die Evakuierten und Ausländer, vor allem ehemalige Fremdarbeiter. Trotz der Kriegsverluste stieg daher auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik die Bevölkerung um fast 25 % an, was die ohnehin dramatischen sozialökonomischen Kriegsfolgen nachhaltig verschärfte. Denn was die Menschen in dieser

«Zusammenbruchgesellschaft» (Christoph Kleßmann) besonders bewegte, waren zunächst die Probleme des täglichen Überlebens: Wohnungsnot, Kohlemangel, Hunger und andere Entbehrungen gehörten zu den ebenso elementaren wie prägenden Erfahrungen, die ein Großteil der Deutschen über mindestens drei Jahre hinweg machte. Solche millionenfach geteilte Sorge um die nackte physische Existenz bestimmte den Alltag der Nachkriegszeit in sehr viel dumpferer, prosaischerer Weise, als es manche nostalgischen Bilder von Trümmerfrauen und Schwarzmarkt suggerieren mögen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau scheiterte vorerst an mangelnden Transportkapazitäten, der willkürlichen Zerschneidung gewachsener Wirtschaftsräume durch die Viermächteverwaltung und an den Industriedemontagen der Alliierten. Erst mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe im Rahmen des 1947 verkündeten Marshallplans und der am 20. Juni 1948 durchgeführten Währungsreform besserten sich die Verhältnisse.

Den ersten deutlichen Anzeichen ökonomischer Erholung, die sich seit 1948 einstellten, war der politische Neuanfang vorangegangen. Unter dem wachsamen Auge der Siegermächte vollzog er sich von unten nach oben, zunächst auf kommunaler, seit 1946 auch auf der Länderebene. Zugleich wurde die Wieder- und Neugründung demokratischer Parteien zugelassen und vorangetrieben. Ein weiteres Mal offenbarte sich hier die historische Zäsur, die das Ende des Zweiten Weltkriegs für die deutsche Geschichte bedeutete. Die politischen Eliten wurden mehr oder minder vollständig ausgewechselt und dies in doppelter Hinsicht: Die ehemaligen nationalsozialistischen Amtsträger und Parteigrößen hatten keine Chance zu einem politischen Comeback; und während in den Nürnberger Prozessen die NS-Prominenz demonstrativ abgeurteilt wurde, schlossen die alliierten Militärbehörden die kleineren und mittleren nationalsozialistischen Funktionsträger konsequent vom politischen Wiederaufbau aus. Nationalsozialistische Bürgermeister, Landräte etc. wurden abgesetzt, wie die Parteifunktionäre interniert und durch politisch unbelastete Personen ersetzt. Aber auch die traditionellen, konservativ-aristokratischen Eliten spielten keine Rolle

mehr. Darin unterschied sich der politische Neuanfang nach 1945 entscheidend von der ersten deutschen Demokratie. Nach 1945 waren es fast durchweg die überzeugten Demokraten der Weimarer Republik, die nun in den Westzonen – nach einer Zeit der politischen Opposition, der Verfolgung oder des Exils – die Politik der ersten Stunde bestimmten. Ehemalige Angehörige der Weimarer Koalitionsparteien wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss oder Kurt Schumacher prägten den demokratischen Neuaufbau nach 1945.

Auch im Hinblick auf die Parteien bildete das Jahr 1945 daher eine tiefe Zäsur in der neuesten deutschen Geschichte. Anders als dies nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war, fand nun das traditionelle Parteiensystem keine Fortsetzung mehr. Dies galt insbesondere für die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich Soziale Union (CSU), die sich von Beginn an als echte Neugründungen und im interkonfessionellen Sinn verstanden. Die Unionsparteien boten damit nicht nur ehemaligen Politikern, Mitgliedern und Wählern der Zentrumspartei bzw. der BVP, sondern auch der konservativ-protestantischen DNVP eine neue und dauerhafte politische Heimat. Analoges galt für die neugegründeten liberalen Parteien, unter denen sich die Freie Demokratische Partei (FDP) als langfristig bedeutsames Element in der westdeutschen Parteienlandschaft etablierte. Aber auch die nach 1945 wiedergegründete Sozialdemokratie veränderte ihren Charakter, nicht zuletzt aufgrund des Fortfalls der kommunistischen Konkurrenz, die sich seit Mitte der fünfziger Jahre gänzlich in der ostdeutschen SED-Diktatur verkörperte. Die Tatsache, dass es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik links neben der SPD keine größere politische Kraft mehr gab, erleichterte es der Partei zweifellos, die Reste der marxistischen Orthodoxie abzustreifen und mit dem Godesberger Programm von 1959 definitiv den Übergang von der Arbeiter- zur «Volkspartei» zu vollziehen.

Allerdings stand der Neuaufbau fast von Beginn an im Schatten der sich abzeichnenden deutschen Teilung. Sowenig man die Ursachen des Kalten Krieges monokausal erklären kann, so offenkundig war die Teilung Deutschlands und des europäischen

Kontinents seine unmittelbare Folge. Schon auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 wurden die Risse in der Anti-Hitler-Koalition deutlich. So konnte die Konferenz nicht zum Auftakt einer gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik werden; vielmehr leitete sie deren Ende ein. Angesichts der diametral entgegengesetzten Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, divergierender nationaler Interessen und des ideologisch verbrämten Expansionismus Stalins zerbrach das heterogene Kriegsbündnis. Sein einziger gemeinsamer Nenner bestand in der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, der Vernichtung des Nationalsozialismus und der dauerhaften Zerschlagung des deutschen Militärpotentials. Als dieses Ziel erreicht war, hatten sich auch die Gemeinsamkeiten der Kriegskoalition erschöpft.

Zwar wollten auf der Konferenz von Potsdam im Sommer 1945 die «Großen Drei» – das heißt die USA, die Sowjetunion und Großbritannien – an Deutschland als Einheit zunächst festhalten. Was jedoch beschlossen wurde, besaß den Charakter von Formelkompromissen. Den allgemein formulierten Zielen wie Entnazifizierung und Entmilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung hätte wohl auch die große Mehrheit der Deutschen selbst zugestimmt. Dort aber, wo es um materielle Interessen wie die Frage der Reparationen und das Abstecken von Einflusssphären ging, traten die unüberbrückbaren Gegensätze sofort zu Tage. Der Dissens institutionalisierte sich im Alliierten Kontrollrat – formal der Träger der Hoheitsgewalt für ganz Deutschland, dem nun auch Frankreich beitrug – und prägte fortan die alliierten Außenministerkonferenzen.

Angesichts der prekären Versorgungslage, der politischen Labilität in Europa und der sowjetischen Herausforderung war es für die angelsächsischen Mächte von zentraler Bedeutung, zumindest in den westlichen Besatzungszonen eine Konsolidierung zu erreichen. Diesem Kalkül entsprangen die Gründung der Bizone am 1. Januar 1947 ebenso wie die Anstrengungen zur wirtschaftlichen Stabilisierung. Beides lief bereits auf das Projekt eines westlichen Teilstaates zu. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, die vom 20. April bis 2. Juni 1948 die drei

Westalliierten und die Benelux-Staaten zusammenführte, zog denn auch die Konsequenz aus dieser Entwicklung. Der Weg zum Grundgesetz und zur Gründung der Bundesrepublik war damit geebnet.

Dieser Weg wurde von den demokratischen Politikern der westlichen Besatzungszonen bzw. Länder zielstrebig beschritten. Die Aussicht, den Neuaufbau innerhalb eines zumindest teilstaatlichen Rahmens vorantreiben zu können, wog schwerer als die berechtigten Bedenken, dadurch die deutsche Teilung zu vertiefen. Zugleich verschoben sich die politischen Gewichte, als sich der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 konstituierte. Langsam verloren die Ministerpräsidenten als Vertreter der Länder ihre bis dahin führende Rolle, während zugleich die Bedeutung der Parteipolitiker zunahm. Der Parlamentarische Rat bot seinem Präsidenten, Konrad Adenauer (CDU), dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, Carlo Schmid (SPD), und anderen herausragenden Parlamentariern wie Theodor Heuss und Thomas Dehler (beide FDP) eine kongeniale politische Bühne.

Nach eigenem Verständnis schuf der Parlamentarische Rat mit dem Grundgesetz ein reines Provisorium, einen «Notbau» (Carlo Schmid), der das Tor zur Wiedervereinigung offenhalten und daher auch nicht die Weihe einer Volksabstimmung erhalten sollte. Die neue Zentralgewalt wurde strikt parlamentarisiert. Ob er es will oder nicht: Der Bundestag ist das gewählte Zentrum der parlamentarischen Regierungsform und wird als solches nicht aus der politischen Verantwortung entlassen, vielmehr in sie hineingezwungen. Er kann nicht – wie der Reichstag in der Weimarer Republik – ohne weiteres aufgelöst werden und besitzt auch kein Selbstauflösungsrecht. Eine Regierung stürzen kann der Bundestag nur durch die Wahl einer neuen, und seine legislative Willensbildung kann durch kein Instrument direkter Demokratie, durch Volksbegehren und Volksentscheid, konterkariert werden. Kein Zweifel: Wenn irgendwann aus der Geschichte gelernt wurde, dann im Parlamentarischen Rat, der mit seinem strikt repräsentativ-demokratischen Organisationsstatut ganz bewusst eine «Anti-Weimar»-Verfassung schuf. So hat sich das Grundgesetz zu den Erfolgsgaranten der

Bundesrepublik entwickelt. Entsprechend ergänzt und modifiziert, ist es längst vom «Provisorium» zur vollgültigen Verfassung geworden. Es hat politische Spielregeln hervorgebracht und normiert, die funktionieren. Auch ohne direkt-demokratische Beteiligung ist es flexibel genug, um für Veränderungen offen zu sein, und von genügender normativer Stärke, um Kontinuität im Wandel zu gewährleisten.

Dass die am 23. Mai 1949 aus der Taufe gehobene Bundesrepublik Deutschland innerhalb weniger Jahre zu einem weitgehend gleichberechtigten Partner im westlichen Bündnis avancierte und 1955 in die (Teil-)Souveränität entlassen wurde, verbindet sich in der Rückschau vor allem mit dem Namen ihres ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer. Freilich lagen die meisten Faktoren, die ihm dabei zugutekamen, weit außerhalb seiner Einflussmöglichkeiten. In erster Linie waren dies die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes und die Wende der amerikanischen Politik zur globalen Strategie der «Eindämmung» gegenüber der Sowjetunion. Deren Logik forderte geradezu einen eigenen westdeutschen Verteidigungsbeitrag und wertete damit die eben erst gegründete Bundesrepublik international entscheidend auf. Nachdem das Projekt einer supranationalen «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» am französischen Einspruch gescheitert war, wurde 1954 der Weg frei zur Vollmitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und zur in den Pariser Verträgen vom Mai 1955 besiegelten Souveränität. Frankreich, das mehr als jeder andere Staat im westlichen Lager ein Wiedererstehen der deutschen Übermacht fürchtete und nur auf den Druck der angelsächsischen Mächte einer westdeutschen Wiederbewaffnung zustimmte, vermochte überdies sein Dilemma in einer konstruktiven Lösung aufzuheben und wurde zum Motor der europäischen Integration. Aus dem Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 ging mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Keimzelle der heutigen Europäischen Union hervor. Zugleich begann der traditionelle deutsch-französische Gegensatz Elementen der ökonomischen Kooperation, schließlich der deutsch-französischen Freundschaft zu weichen.

Diese Konstellationen, die bei Kriegsende wohl niemand vor-

auszusagen gewagt hätte, waren von Adenauer nicht geschaffen worden; aber er verstand sie in einer Weise zu nutzen, die ihm im westlichen Ausland Vertrauen einbrachte und in der Bundesrepublik eine Perspektive von Freiheit und Wohlstand eröffnete. Tatsächlich wird man kaum leugnen können, dass der «Alte vom Rhein» mit seiner historischen Erfahrung und seiner erstaunlichen Energie für die junge Bundesrepublik ein Glücksfall war. Freilich gab es auch erbitterten Widerstand gegen Adenauers Politik der Westintegration. Die einen lehnten Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik aus pazifistischen und neutralistischen Gründen ab; die anderen sahen nicht ein, warum die Deutschen, solange sie unter Besatzungsrecht und unter der Kuratel der Siegermächte standen, für die Westmächte die «Kastanien aus dem Feuer» holen sollten. Beide Lager aber stimmten darin überein, dass sich die Aussichten auf eine Wiedervereinigung mit der Politik der Westintegration verschlechterten. Über Alternativen zur Adenauer'schen Politik ist daher immer wieder kontrovers diskutiert worden – von den Zeitgenossen wie in der historischen Forschung. Und nicht wenigen erschien der frühere Kölner Oberbürgermeister als national unzuverlässig, wenn nicht gar als verkappter rheinischer Separatist. Die zum Teil bittere Kritik an Adenauer ist seit der deutschen Vereinigung zunehmend verstummt, was freilich nicht dazu verleiten sollte, seiner Politik nachträglich eine Linearität zu unterstellen, die bruchlos zum Jahr 1989 führte.

In jedem Fall meinte Westbindung aus Adenauers Sicht weit mehr als bloße Sicherheitspolitik: Westbindung war gleichbedeutend mit der Eliminierung borussischer, nationalistischer und sozialistischer Dominanz in Deutschland, also all jener Faktoren, die nach seiner Überzeugung historisch verhängnisvoll gewirkt hatten. Neben der Sicherheit vor dem als expansivistisch und bedrohlich erscheinenden Sowjetimperium bedeutete Integration in den Westen für Adenauer daher stets auch die beste Möglichkeit, die Deutschen vor ihren eigenen Dämonen – nationale Hybris, Sonderwege zwischen Ost und West – zu schützen. Darüber hinaus eröffnete nur die Westbindung eine Perspektive darauf, den rechtlichen Status der Bun-

desrepublik zu verbessern und langfristig ihre völkerrechtliche Gleichberechtigung zu erlangen. Erst auf der Basis einer solchen gefestigten Position sollte und würde dann auch die Wiedervereinigung mit dem anderen Teil Deutschlands, so Adenauers Strategie, erfolgen können. Gleich wie man über diese Prioritäten denken mochte: Auch Adenauers Gegner bestritten nicht, dass er ein letztlich überzeugender Repräsentant der Demokratie war. Und dies war eine nüchterne Demokratie, die auf welterklärende Ideologie ebenso verzichtete wie auf Pathos und äußeren Glanz. Für die Deutschen der Nachkriegszeit, die totalitäre Ideologie, falsches Pathos und scheinbaren Glanz bis zum bitteren Ende erlebt, erduldet oder auch mitgemacht hatten, war dies die beste Schule der Demokratie.

Unschwer lässt sich in diesem zweiten Anlauf der 1933 gescheiterten deutschen Demokraten ein tieferer Sinnzusammenhang erkennen: Eine notwendige historische Voraussetzung für den Neuaufbau war die doppelte Entmachtung derjenigen Kräfte, die ganz dezidiert einen antiwestlichen deutschen «Sonderweg» gewollt hatten. Auf die Entmachtung der konservativen Eliten durch den Nationalsozialismus folgte dessen eigener Zusammenbruch. Erst die vollständige und unumkehrbare Delegitimierung all derer, die die westliche Demokratie und deren pluralistisches Gesellschaftsverständnis als «undeutsch», «mechanistisch» und politisch verwerflich diskreditiert hatten, machte den Weg frei für die Demokraten. Das heißt zugleich, dass die zweite deutsche Demokratie keineswegs bloß ein «Geschenk» oder gar «Oktroi» der Siegermächte war. Zwar lässt sich die Geschichte der Bundesrepublik nicht denken ohne die Vorgaben der alliierten Besatzer. Aber ohne jene deutschen Traditionen, die sich stets am Modell des westlichen Verfassungsstaates orientiert hatten, wäre auch die Politik der Alliierten ins Leere gelaufen. Wenn auch unter der Oberaufsicht der Besatzungsmächte, so debattierten doch vor allem die Deutschen selbst über Fehlentwicklungen in der Vergangenheit und über die verfassungspolitischen Optionen der Zukunft. Bundesrepublik, Grundgesetz und Westorientierung des neuen Teilstaates besaßen daher zweifellos auch deutsche Wurzeln.

Allerdings liegt darin, dass die Versuchung eines antiwestlichen deutschen Sonderweges nach 1945 nur in einem Teil Deutschlands endete, ebenfalls eine tiefere historische Symbolik. Wenn NS-Regime und Zweiter Weltkrieg den Höhepunkt einer deutschen Sonderentwicklung im 20. Jahrhundert bildeten, so können die Zerschlagung des deutschen Nationalstaats und die deutsche Teilung als ihr historisches Erbe begriffen werden. In der Symmetrie von demokratisch legitimierter Westintegration und diktatorisch durchgesetzter Sowjetisierung im anderen Teil Deutschlands erfuhr das große deutsche Thema «Demokratie und Diktatur» nach 1945 zunächst seine Fortsetzung.

2. Von der SBZ zur DDR

Rein äußerlich stand der Neuanfang zwar auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) im Zeichen der «Demokratisierung», und manchen mochte es überraschen, dass hier sogar früher als in den Westzonen, nämlich schon im Sommer 1945, die Neugründung politischer Parteien gestattet wurde. Aber bald erwies sich, dass Stalin, die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die von Moskau am 30. April 1945 nach Deutschland entsandte «Gruppe Ulbricht» mit «Demokratie» etwas anderes im Sinn hatten, als dies dem westlichen Verständnis entsprach. Gemäß älteren Vorstellungen von der «Einheitsfronttaktik» und im Kontext «antifaschistischer» Mobilisierung galt Demokratie als kommunistisch geführte «Volksdemokratie». Paradigmatisch zeigte dies die Frage der Einheit der beiden Arbeiterparteien. Es ist unbestreitbar, dass viele Parteimitglieder der KPD wie der SPD die ehrliche Hoffnung auf eine große gemeinsame Arbeiterpartei bewegte. Aber als in Ungarn und Österreich die dortigen Kommunisten im November 1945 bei freien Wahlen schwere Schläppen einstecken mussten, drängten die SMAD und die ostdeutsche KPD-Spitze auf die rasche Vereinigung. Zu bedrohlich war die Gefahr, anderenfalls auch in der SBZ jeglichen Masseneinfluss zu verlieren. Doch in dem Maße, wie die KPD die Vereinigung propagandistisch forcierte, schwand die Einheitseuphorie bei den Sozialdemokraten. Wäh-

rend in der SBZ eine freie Meinungsäußerung der sozialdemokratischen Basis unterbunden wurde, stimmten in West-Berlin am 31. März 1946 mehr als 80% der Mitglieder gegen die sofortige Vereinigung mit der KPD, auch wenn die meisten nach wie vor eine Zusammenarbeit mit ihr wünschten. Im sowjetischen Machtbereich aber wurden die Einheitsgegner durch Einschüchterung und Zwangsmaßnahmen bis hin zur Verhaftung mundtot gemacht. Als unter solchem äußeren Druck die beiden Arbeiterparteien in der SBZ am 21./22. April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) fusionierten, waren die Weichen für die kommunistische Diktatur im Ostteil Deutschlands gestellt.

Unter diesen Bedingungen hatten auch die anderen Parteien wie die CDU und die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) in der SBZ keine Chance auf wirkliche demokratische Partizipation. Vielmehr steuerte die sowjetische Zone unter Führung der Besatzungsmacht und in Wechselwirkung mit der Gründung der Bizone und der Bundesrepublik ihrerseits auf die sozialistisch-teilstaatliche Konsolidierung zu. Freilich hieß das nicht, dass die Sowjetführung ein grundsätzliches Interesse an der deutschen Einheit, sofern sie denn unter sozialistischem Vorzeichen stand, verloren hätte. Auch die 1948 in Reaktion auf die Londoner Sechsmächtekonferenz ins Leben gerufene «Volkskongressbewegung» diente daher einem doppelten Ziel: Zum einen sollte sie zumindest propagandistisch gesamtdeutsche Wirkung entfalten; zum anderen aber mit Blick auf die sich abzeichnende Weststaatsgründung die Bildung eines ostdeutschen Staates fördern. Die im Mai 1949 abgehaltenen Wahlen zum Dritten Volkskongress schlossen diesen Prozess ab, entbehrten aber der demokratischen Legitimation. In einem Klima der Einschüchterung standen nur von der SED angeführte Einheitslisten zur Wahl.

Das demokratische Defizit der im Oktober 1949 förmlich gegründeten DDR war von Beginn an offenkundig. Hinzu kam, dass die SED ihren absoluten Führungsanspruch unter der Ägide der Sowjets auch mit den Methoden des Terrors und der politisch motivierten Willkürjustiz durchsetzte. Ehemalige nati-

onalsozialistische Konzentrationslager wie Buchenwald wurden als «Sonderlager» weitergeführt, und nicht wenige politische Häftlinge der NS-Zeit fanden sich nun erneut in der Rolle des politisch Verfolgten wieder. All dies und der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik trugen dazu bei, dass viele in der DDR keine Perspektive mehr sahen und ihre persönlichen Chancen im Westen suchten. Das Ergebnis war eine stete, bis zum Mauerbau von 1961 anhaltende Flucht- und Absetzbewegung von der DDR in die Bundesrepublik bei gleichzeitig wachsendem Unmut im SED-Staat selbst. Mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953, der im Kern eine Arbeitererhebung war, zugleich aber das Potential einer allgemeinen Volksbewegung gegen das Regime besaß, erreichte der Protest seinen Höhepunkt. Ausgelöst durch die Heraufsetzung der Produktionsnormen in der Industrie, begann er als sozialer Protest, erhielt aber rasch eine politische Dimension. Bevor sich der Aufstand zu einem Flächenbrand ausweiten konnte, wurde er vom sowjetischen Militär niedergeschlagen. Für die DDR-Führung blieb der 17. Juni ein traumatisches Datum, das sich nur durch die Behauptung ertragen ließ, es habe sich um ein von westlichen Agenten gesteuertes, «faschistisches» Unternehmen gehandelt. In der alten Bundesrepublik wurde der 17. Juni dagegen zum «Tag der deutschen Einheit», zum Symbol des Freiheits- und Einheitswillens der ostdeutschen Bevölkerung, dessen deutschlandpolitische Opportunität freilich zunehmend kontrovers diskutiert wurde.

Demokratiedefizit und 17. Juni dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es der DDR in den fünfziger Jahren durchaus gelang, sich zu konsolidieren. Unterstützt von einem Heer nach wie vor überzeugter, idealistischer Parteigänger, aber auch nicht weniger Opportunisten, machte sich der SED-Apparat daran, Staat und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, Justiz und Bildungswesen seinem Herrschaftsanspruch zu unterwerfen. Auch wenn es viele im westlichen Teil Deutschlands nicht wahrhaben wollten: Mit der DDR etablierte sich eine spezifische Form sozialistischer Staatlichkeit, die kaum noch ignoriert werden konnte. Die Perspektive der Wiedervereinigung begann sich daher im Verlauf der fünfziger Jahre zu verflüchtigen, auch

wenn sie – wie etwa in der Diskussion um die Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 – teilweise leidenschaftlich diskutiert wurde. Faktisch verfestigte sich mit dem Ost-West-Gegensatz auch die innerdeutsche Grenze, deren grundsätzliche Nichtanerkennung durch die Bundesrepublik eben das bewirkte, was man eigentlich beklagte, nämlich deutschlandpolitischen Stillstand. Erst Anfang der sechziger Jahre, als die globale atomare Konfrontation der Supermächte die Zeichen auf Entspannung stellte, sollten sich die deutschlandpolitischen Bewegungsspielräume wieder etwas erweitern.

Insgesamt hatten die Hybris des deutschen Nationalismus und die Verbrechen des NS-Regimes eine erschreckende Bilanz hinterlassen. Die Deutschen hatten unter Hitlers Führung Europa mit Gewalt und Völkermord überzogen; nun mussten sie, vor allem die Bevölkerung der Ostgebiete und der DDR, die Konsequenzen tragen. Mitte der fünfziger Jahre lag das Resultat des Zweiten Weltkriegs offen vor aller Augen: Der «Sonderweg» des deutschen Nationalstaates hatte zu seiner Zerschlagung geführt. Der historische Preis, den die Deutschen für ihre Untaten zu entrichten hatten, lag zum einen im Verlust der Ostgebiete, zum anderen in der – wie es schien – dauerhaften staatlichen Teilung.

V. Gesellschaft und Politik im geteilten Deutschland

1. Kontinuität und Wandel von Adenauer zur Großen Koalition

Unauflöslich verbindet sich die Frühgeschichte der Bundesrepublik mit der Erfahrung des «Wirtschaftswunders». Und trug nicht der Vorgang, der aus Trümmern, Ruinen und massenhaftem Elend so überraschend schnell bescheidenen Wohlstand für viele und gewisse Sicherheit für fast alle entstehen ließ, tatsächlich «wunderbare» Züge? Ein solcher Eindruck konnte sich